

## Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Offenbar besteht ein erhebliches Interesse daran, wer die Unterzeichner der Strafanzeige gegen drei Regensburger Berufspolitiker der CSU sind.

Dies ist uns zunächst nicht genehm, da uns bekannt ist, welche Übung an der Organisation von Kampagnen, die auf die Person zielen, das Umfeld der betreffenden Personen hat.

Dennoch erkennen wir ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an. Wir möchten betonen, dass wir dennoch nicht wünschen, dass unsere Klarnamen in diesem Zusammenhang veröffentlicht werden, zumal wir keine Führungspositionen in der CSU innehaben. Ohnehin halten wir zu viel Aufregung um diese Sache für fehl am Platz. Die Sache liegt nun in der Hand der Ermittlungsbehörden, die wohl ein Ergebnis liefern werden.

Zur Sache kann gesagt werden, dass wir das Verhalten der Personen, die durch uns angezeigt wurden, in einer Weise für unververtretbar halten, die den weiteren Verbleib dieser Mandatsträger in der CSU in Frage stellen sollte. Man muss sich hier vor Augen führen, dass die CSU um zehntausende von Euro betrogen wurde. Da die betreffenden Personen ihre Karriere ausschließlich der CSU zu verdanken haben, ist dies denkbar verwerflich. Wir einfachen Mitglieder der CSU, die regelmäßig ihre Beiträge bezahlt haben, haben nicht verstanden, weshalb diese Funktionäre mit ihren großzügigen Gehältern die CSU so billig abspesen konnten, wie dies geschehen ist. Wenn mit einem Achselzucken an dieser Sache vorübergegangen wird, wird die Moral in der CSU dauerhaft untergraben.

Die Frage ist bis heute nicht geklärt, es gibt unseres Wissens keinen Beschluss eines zuständigen Gremiums, mit dem diese Beiträge ganz oder zum Teil erlassen wurden. In diese Sache muss endlich Transparenz.

Richtig ist, dass die Strafanzeige möglicherweise zu knapp vor der Bundestagswahl erfolgte. Es war zu keinem Zeitpunkt unsere Absicht, den Wahlkampf (an dem sich die betreffenden Mandatsträger bislang ohnehin nicht beteiligt haben) negativ zu beeinflussen. Offenbar haben wir auch das öffentliche Interesse an der Strafanzeige unterschätzt. Wesentlich war hier wohl auch das Phänomen des "Sommerlochs".

Angesichts dieser Entwicklungen sind wir bereit, unsere Strafanzeige gegenüber der Staatsanwaltschaft zurückzunehmen. Dies machen wir jedoch davon abhängig, dass auch die angeschuldigten Mandatsträger einen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten, der verdeutlicht, dass diese sich von ihrem bisherigen Verhalten distanzieren. Wir sind hierbei der Meinung, dass eine freiwillige Spende, die nicht ganz kleinlich ausfallen sollte (etwa die Hälfte der hinterzogenen Beträge), erforderlich, aber auch ausreichend wäre.

Dies erfolgt ausschliesslich, um einen Schaden von der CSU zu wenden und nicht, um das Verhalten der Betroffenen in einem milden Licht erscheinen zu lassen.

Uns ist auch klar, dass diese Personen versuchen werden, von ihrem Fehlverhalten abzulenken, indem sie fordern werden, die Anzeigeestatter für die Strafanzeige (!) zur Rechenschaft zu ziehen. Gut dass wir wissen, dass dies in keiner demokratischen Partei ein Ausschlussgrund sein kann. Die Hinterziehung von Mitglieds- und sonstigen Beiträgen allerdings schon.

Sobald diese Zusagen vorliegen, werden wir die Strafanzeige zurückziehen.

Dies wäre unseres Erachtens eine Möglichkeit, wie die Angelegenheit ohne Schaden für die CSU beendet werden könnte.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir für weitere Stellungnahmen in dieser Sache zunächst, und zwar bis zur Bundestagswahl, nicht zur Verfügung stehen werden. Unser Nachgeben in dieser Sache dient ja gerade dazu, das Thema in der Öffentlichkeit zu beenden. Nachfragen können an og. EMail - Adresse erfolgen

Mit freundlichen Grüßen